



Karl Diller MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Jörg Rohde
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 1888 682-42 83
FAX +49 (0) 1888 682-44 97
E-MAIL Karl.Diller@bmf.bund.de
TELEX 886645
DATUM 31. August 2007

BETREFF Ihre schriftlichen Fragen Nrn. 150 bis 153 für den Monat August 2007

GZ **IV C 3 - S 2342/07/0001**

DOK 2007/0390083

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Fragen,

- „1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks auf die schriftliche Frage 48 auf Bundestagsdrucksache 16/6218 des Abgeordneten Jörg Rohde für den Monat Juli 2007, nach der Erziehungsbeiträge für Pflegefamilien behinderter Kinder nicht besteuert werden sollen, dem Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 24. Mai 2007 (Geschäftszeichen IV C 3 – S 2342/07/0001, DOK 2007/0232601) widerspricht, demzufolge Erziehungsbeiträge, die 24.000 Euro pro Jahr übersteigen, als Einkommen zu versteuern sind, und wenn ja, welche Regelung gilt ab 1.1.2008?“
- „2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es infolge einer Attraktivitätsverschlechterung der Vollzeitpflege in Pflegefamilien dazu kommen kann, dass von den Kommunen mehr Kinder statt in Pflegefamilien kostenintensiv in Heimen untergebracht werden müssen, und wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Regelungen der Föderalismusreform die Verfassungsmäßigkeit der Regelung nach Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24. Mai 2007 (Geschäftszeichen IV C 3 – S 2342/07/0001, DOK 2007/0232601), die die Vollzeitpflege in Familien unattraktiver macht und somit Kommunen dazu zwingt, auf die teurere Heimunterbringung auszuweichen?“

- „3. Wie erklärt die Bundesregierung die laut Verbänden von Pflegeeltern zurückgehende Bereitschaft von Pflegeeltern, Kindern in ihren Familie aufzunehmen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine Besteuerung der Erziehungsbeiträge der geeignete Weg ist, der zurückgehenden Bereitschaft zur Aufnahme von Vollzeit-Pflegekindern entgegenzuwirken?“
- „4. Wird die Bundesregierung die Thematik der Besteuerung von Erziehungsbeiträgen für Pflegehaushalte bei der Konferenz der Finanzminister des Bundes und der Länder am 06.09.2007 thematisieren, und wenn nein, warum nicht?“,

beantworte ich wie folgt:

1. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht.
2. Die Bundesregierung erkennt keine Einschränkung der Attraktivität bei der Vollzeitpflege. Das BMF-Schreiben vom 24. Mai 2007 – IV C 3 – S 2342/07/0001 – hält daran fest, dass in der Vollzeitpflege vereinnahmte Mittel grundsätzlich steuerfrei sind. Der in der Frage aufgeworfene Bezug zum Verfassungsrecht ist vorliegend nicht erkennbar.
3. Der Bundesregierung liegen zu einem allgemeinen Rückgang der Bereitschaft, Pflegekinder aufzunehmen, keine Informationen vor.
4. Die Finanzministerkonferenz ist – wie alle Konferenzen der Fachminister – ein Gremium, in dem die Länder in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich zusammenarbeiten. Der Bundesminister der Finanzen ist nicht Mitglied des Ländergremiums.

Mit freundlichen Grüßen

